

## Schröder fordert BRD-Sitz im Sicherheitsrat

# Den Geist in der Flasche lassen

Seit Wochen immer wieder platziert Bundeskanzler Schröder die Forderung, die BRD müsse Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden. Seit dem Anschluss der DDR wird dieser Anspruch artikuliert, in der Zeit der Regierung von Union und FDP vor allem durch den damaligen FDP-Außenminister Klaus Kinkel. Kohl soll dem Projekt zweifelnd begegnet sein.<sup>1</sup> Jedenfalls wurde nichts daraus. Zwischen durch hatte sich die Rot-Grüne Regierung für einen gemeinsamen Sitz der EU ausgesprochen. Jetzt hingegen wird ein nationales, rein deutsches „Großziel“ anvisiert.<sup>2</sup>

### Nationale Stimmungsmache anlässlich bevorstehender Wahlen

Auch im Jahr 2002 hatte Schröder durch einen außenpolitischen Schachzug die Mehrheit für Rot-Grün ergattert. Mit der Absage an die Irak-Intervention unter Führung der USA wurden ein breites Spektrum, von der pazifistischen Linken bis zur antiamerikanischen Rechten, erreicht. Die SPD und unter ihrer Führung die Grünen verwoben das vor allem im Osten starke Streben nach Frieden mit dem überall in der BRD vorhandenen Chauvinismus, einem Streben nach stärkerer deutscher Weltgeltung, das zu den Grundstoffen deutschen politischen Bewusstseins gehört und sich als Antiamerikanismus ausformt und sich als Kritik der imperialistischen Ordnung der Welt verstehen oder wenigstens ausgeben kann. Eine solche Politik organisiert sich Zustimmung aus den reaktionärsten Strömungen der Gesellschaft und schlägt gleichzeitig große Teile der Linken in ihren Bann.

Sie treibt Wähler, die zunächst nichts miteinander zu tun hatten, als Mehrheit zusammen.

Angesichts der schwierigen Lage der SPD ist es verständlich, wenn Schröder die Konstellation, die ihn 2002 nochmals ins Amt brachte, aktualisieren möchte. Denn in der Forderung nach Mitgliedschaft der BRD im Sicherheitsrat schwingt die Ankündigung mit, den USA dort so richtig Kontra zu geben.

Ob es dazu käme? Sicher ist jedenfalls, dass die Regierung Schröder mit der Platzierung dieser Forderung zum jetzigen Zeitpunkt Fragen der Ordnung der Welt als Nationalinteresse und Durchsetzungsmöglichkeiten markiert, und

nicht vorwiegend als Suche nach möglichen Übereinkünften.

### Zu Deutschland aufschauen?

Als die Regierung Schröder / Fischer die Teilnahme der Bundeswehr an der Irak-Intervention verweigerte, schwamm sie im Hauptstrom der öffentlichen Meinung der BRD. Eine konkrete Entscheidung stand zur Debatte und auch ein Prinzip (Nichtangriff). Bei dem jetzigen Vorstoß geht es um was ganz anderes, nämlich um die hierarchische Position der BRD in der Staatenwelt.

Die Installation der BRD als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates würde nicht nur die Verhältnisse zu den jetzigen Ständigen Mitgliedern ändern, denen die BRD dann gleichgestellt wäre. Viel mehr würde sich aber im Verhältnis zu jenen anderen Staaten ändern, die jetzt nicht Ständige Mitglieder im Sicherheitsrat sind und die es dann auch nicht wären. Die BRD, um auf das Vokabular symbolischer Politik zurückzugreifen, befände sich dann auf „gleicher Augenhöhe“ mit den gegenwärtigen Sicherheitsratsmitgliedern, aber jene anderen dürften dann zu Deutschland aufblicken. Zum Beispiel Polen, die Tschechische Republik, Österreich, Italien, Spanien. Die Begeisterung besonders der nahen Nachbarstaaten wird sich in engen Grenzen halten, und es ist nicht erstaunlich, dass Schröder den EU-Lateinamerika-Gipfel im weit entfernten Guadalajara (Mexico) nutzte, um für sein Projekt zu werben.



„Gleiche Augenhöhe“?

In den Handlungsräumen, in denen sich die Staatengebilde begegnen, ist es eine harte Sache, Verschiebungen in bestehenden Hierarchien einzufordern. Schröder muss ja argumentieren, dass Deutschland dadurch ein Unrecht geschehe, wenn es in seinen internationalen Rechten anderen Ländern gleichgestellt bleibt. Letztlich sagt man damit: Deutschland kann, soll, ja darf nicht so behandelt werden wie sagen wir, um irgendeinen Namen zu nennen, Holland. Das klingt sehr, sehr schlecht.

Es empfiehlt sich deswegen, die Anmaßung in Forderungen nach Umstrukturierung der ganzen Hierarchie zu verpacken. Die Regierung Schröder/Fischer hütet sich folglich sorgsam, ihre Ansprüche exakt zu formulieren, sondern ver-

schleiert sie durch die Berufung auf eine UNO-Reform<sup>3</sup>, von der seit 1998 die Rede geht und bei der die Frage des derzeitigen Veto-Rechts der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder steht.

Soll es abgeschafft werden? Soll es Ständige Mitglieder mit und solche ohne Veto-Recht geben? Soll der Gebrauch des Veto-Rechts vor der Vollversammlung begründet werden müssen? Soll der Vollversammlung ihrerseits ein Veto-Recht zuerkannt werden? Es sind viele Fragen offen.

Dass alles im Fluss wäre, ist aber bloß ein frommer Schein, denn letztlich ist es schon so, wie der stets lustige Grünen-Vorsitzende Bütikofer im Radio anmerkte, dass eine Abschaffung des Veto-Rechts am Veto der Veto-Berechtigten scheitern werde.

Realpolitisch würde es den jetzigen Veto-Mächten noch den geringsten Machtverlust bringen, wenn sie dem einen oder anderen weiteren Staat das Veto-Recht zukommen ließen. Darin liegt eine Chance der BRD-Politik.

### Zur Herkunft des Veto-Rechts

Wie besonders in der BRD gerne vergessen wird, entstand die UNO als Alternative zu einem ganz anderen Ansatz der Weltordnung, nämlich dem der Weltbeherrschung durch eine Rasse arischer Herrenmenschen, Versklavung „minderwertiger Rassen“ und Vernichtung von „Untermenschen“, das ganze nicht nur als wüste Phantasie entwickelt, sondern als Praxis der Annexion, des Vernichtungskrieges und der Shoa Geschichte geworden.

Bei der Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen ging es nicht nur um eine andere Definition von demokratischen und humanitären Rechten. Es ging darum, eine internationale politische Ordnung im geraden Gegensatz zu dem besiegten Über-/Untermenschen-Paradigma zu begründen.

Die Absage der Welt an die politischen Ordnungsprinzipien des Faschismus fand ihre Garanten in denjenigen großen Staaten, die den Hitler-Faschismus und den mit ihm verbundenen japanischen Imperialismus unter großen Opfern bezwungen hatten.

Die Privilegierung von Staaten im Sicherheitsrat hat also einen inhaltlichen Grund, der eine Mitgliedschaft der BRD als Nachfolger des Deutschen Reiches problematisch macht. Sie wäre mit der Zielsetzung der Vereinten Nationen nur vertretbar, wenn gezeigt werden könnte, dass die deutsche Politik die Bahnen, die zum Faschismus führten, definitiv verlassen hat.

### Nazi-Politik und großdeutsche Politik

In der BRD sollte keinen Augenblick vergessen werden, dass der Hitler-Faschismus nur wegen seiner Überschneidungen mit dem großdeutschen Denken ans Ruder kam. Das „Dritte Reich“

schloss nahtlos an ältere großdeutsche Vorstellungen an, die Europa unter deutscher Vormacht organisieren wollten. Im bürgerlichen Denken der Deutschen tief verankert, wirkten sie bei der Konstituierung der vorigen „Deutsch-Länder“ zum wilhelminisch-kaiserlichen „Reich“ staatsbildend und trugen ihren Teil zur Auslösung des Ersten Weltkrieges bei.

Hitlers Politik griff die großdeutschen, hegemonialen Bestrebungen in der deutschen Gesellschaft auf und begründete sie mit einer der sog. arischen Rasse angeborenen Berufung zu Herrschaft. Die Expansion Deutschlands zu Großdeutschlands organisierte sich als Rassenkampf, als „Reinigung“ des Reichs von „Fremdrassigen“ und die „Volksgemeinschaft Zersetzenden“. Die annektierten, eroberten, besetzten Nachbarländer wurden in unterschiedliche Grade der Minderwertigkeit eingeteilt.

Die Anti-Hitler-Koalition hat diesen Alptraum unter großen Opfern niederkämpft und versucht, einer Wiederbelebung Riegel vorzuschieben. Dabei trug die Anti-Hitler-Koalition dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse Rechnung.

Die Verletzung internationaler Verträge etwa durch die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes und die Aufrüstung der Reichswehr, die Übertreibung Österreichs, die zum Anschluss führte, die Ausnutzung der deutschsprachigen Minderheit in der Tschechoslowakei, die zu deren Zerstörung eingesetzt wurde, die Vortäuschung polnischer Angriffe auf den Sender Gleiwitz, die zur Begründung des Losschlagens gegen Polen herhalten musste, die Einbindung aller Deutschsprachigen in den Ländern des Ostens in das Dritte Reich als dessen Bürger, das waren Schritte, für die die Nazis in der deutschen Gesellschaft weit über ihre fanatisierten Reihen hinaus breite Zustimmung fanden.

Die wache Erinnerung an den konkreten Hergang der Naziaggressionen führte dazu, dass einer Wiederbelebung in den Verträgen, die die Nachkriegsordnung konstituierten, Riegel vorgeschoben wurde. Nur mit Blick auf diese Vergangenheit ist z.B. begreiflich, warum ein international abgesichertes Anschlussverbot für Österreich besteht, warum die Nachfolger des Reichs verpflichtet wurden, die Menschen, die sich zu Hitlers deutschem Volk und Staat bekannt und nicht die geringste Absicht erkennen ließen, sich in die wiederhergestellten Staaten als deren Bürger einzuordnen, als Flüchtlinge oder auch als Ausgesiedelte aufzunehmen.

Die Anti-Hitler-Koalition hat sich dafür entschieden, nicht nur dem Rassismus der Nazis ein Ende zu machen, sondern auch das großdeutsche Konzept durch praktische Maßnahmen zu blockieren.

Deutsche Politik, die etwa heute versuchen würde, in der Mitte Europas einen deutschen Block zu bilden, der sich als Ordnungs- und Vormacht verstünde, würde an die Grenzen jener Abkommen

stoßen. Die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens wären gefordert. Sie könnten gegen ein solches Deutschland tätig werden, gleich hinter welchem geschickten Rummel diese Politik sich verbergen würde. Hätte die BRD hingegen ebenfalls einen Sitz im Sicherheitsrat, könnte sie immer verhindern, dass sich ein Nachbarland, das sich von Deutschland bedrängt fühlte, mit dem Ersuchen um Beistand erfolgreich an die Uno wenden könnte. Die BRD als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat könnte einen entsprechenden Uno-Beschluss blockieren.

### Neue deutsche Handlungsoptionen

Würde also die BRD mit Veto-Recht in den Sicherheitsrat aufgenommen, so würde sich völlig unabhängig von den Plänen irgendeines Herrn Schröder oder Fischer der Rahmen ändern, in dem deutsche Interessen definiert werden können. Handlungsoptionen, die sich jetzt verbieten, kämen ins Kalkül. Die gegenwärtig randständigen Propagandisten großdeutscher Politik kämen aus dem Dunkel des Irrealen einen Schritt weiter in Richtung Bühne. Denn kann jemand behaupten, dass in der deutschen Gesellschaft die Tendenz, einen deutschen Machtblock um Zentrum Europas zu bilden, erledigt ist? Ist das Bestreben, sich in Angelegenheiten der Nachbarstaaten bevormunden einzumischen, erledigt?

Es ist im Gegenteil so, dass in der Forderung nach einem Ständigen Sitz im Sicherheitsrat genau die Forderung der deutschen Politik nach Rangabstufungen und, um es deutsch zu sagen, Herabstufung der Nachbarn, auflebt.

*maf*

- 1 FAZ am Sonntag, 31.5.2004: „Die Argumentation Schröders ist nicht neu. Schon zu Zeiten, als Helmut Kohl noch Bundeskanzler war, drang die Bundesregierung auf einen deutschen Sitz. Allerdings war Kohl selbst in der Angelegenheit zurückhaltend bis ablehnend. Dafür unternahm sein Außenminister Klaus Kinkel immer wieder Vorstöße, Deutschland in den Sicherheitsrat zu bringen. Spätestens mit ihm wurde die Sache auch für die Beamten des Auswärtigen Amtes zu einem Großziel.“
- 2 FAZ vom 12.5.2004: „Die Bundesregierung will Ende dieses, Anfang nächsten Jahres Ernst machen mit des Kanzlers selbstbewusstem Anspruch auf einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat und die Angelegenheit in New York auf das Beratungsgleis setzen. Also kein gemeinsamer europäischer Sitz, kein Verzicht Frankreichs und Großbritanniens auf ihre privilegierte Stellung, keine europäische Außenpolitik, deren Gewicht auch in den Vereinten Nationen dokumentiert würde. Offenkundig sind die europäischen Verhältnisse nicht so, offenkundig überwiegt der nationale Eigensinn.“
- 3 [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de): BK Schröder hat sich vor der 58. GV wie folgt geäußert: „Ich teile die Auffassung des Generalsekretärs, dass die Legitimität des Sicherheitsrats davon abhängt, dass er repräsentativ für alle Völker und Regionen ist. Eine Reform und Erweiterung – gerade auch um Vertreter der Entwicklungsländer – ist notwendig. Für Deutschland wiederhole ich, dass wir im Rahmen einer solchen Reform auch selbst bereit sind, mehr Verantwortung zu übernehmen.“